

# **Bebauungsplan „Solarpark Auf'm Mühlenberg“ in der Ortsgemeinde Sien**

## **Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a Abs. 1 BauGB**

Dem Bebauungsplan ist eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

### **1. Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange**

Zum Bebauungsplan wurde eine Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt und ein Umweltbericht gem. § 2 a BauGB erstellt. Hier wurden die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB untersucht, umweltbezogene Auswirkungen ermittelt sowie mögliche Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich geprüft. Die Behörden und Träger sonstiger öffentlicher Belange wurden frühzeitig zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung befragt.

Wesentliche Grundlagen der Aufstellung des Bebauungsplanes waren Informationen zu den wesentlichen Aspekten der Schutzgüter, wie bspw. Schutzgebiete, Topografie, Nutzungen usw.

Die Umweltprüfung für den Bebauungsplan kam bei den umweltschützenden Belangen zu folgenden Ergebnissen:

- Schutzgut Boden, geringe Beeinträchtigung: lokale Vorbelastung durch starke Weidebeanspruchung entlang Mühlenbach; aus der BFD 50 abgeleiteter Bodenfunktionserfüllungsgrad sehr hoch im Bereich des von der Modulbelegung ausgesparten Grabenumfeldes und sehr gering in der Modulbelegungsfläche; geringe zulässige Flächenversiegelung durch Rammstände; Verbesserung der Bodenfunktionen durch Aufgabe der Intensivweide um Mühlenbach; Vermeidung von Bodenverdichtungen durch Befahrungsbeschränkung entlang Gewässer
- Schutzgut Wasserhaushalt, keine erhebliche Beeinträchtigung: Bereich des Mühlenbaches (beiderseits 10 m) von der Modulbelegung ausgeschlossen; Aufwertung durch Saumentwicklung, Reduktion der stofflichen Einträge durch Aufgabe der Intensivbeweidung
- Schutzgut Klima und Lufthygiene, keine erhebliche Beeinträchtigung: keine ausgewiesenen Kaltluftentstehungsgebiete oder Abflussbahnen betroffen; Kaltluftabflüsse entlang Mühlenbach bis Ortsausgang Sien, kein relevanter lufthygienischer Ausgleichsbedarf; geringe geländeklimatische Belastung und Änderung der lufthygienischen Situation durch aufgeständerte Modultische, keine relevante Änderung des Mesoklimas

- Schutzgut Tiere und Pflanzen/ Biologische Vielfalt/Artenschutz, unter Anwendung artenschutzrechtlich begründeter (interner) Maßnahmen in Bezug auf Brutvorkommen des Schwarzkehlchens und der Bachstelze keine erheblichen Wirkungen: lediglich mehr oder minder intensiv beweidete Fläche betroffen; Aussparung aller randlichen Gehölze, Gräben und Säume; Ausgleich i.S.d. Eingriffsregelung nicht erforderlich, da Aufgabe der Intensivbeweidung im Umfeld des Grabens und Saumentwicklung mit einer bilanziellen Aufwertung verbunden ist; keine n. § 30 BNatSchG geschützte Biotope oder Lebensräume nach Anhang 1 der FFH-Richtlinie betroffen
- Schutzgut Landschaftsbild, keine erhebliche Beeinträchtigung: aufgrund der Topographie keine Einsehbarkeit aus den nahegelegenen Ortschaften Sien und Sienhachenbach; Sichtverbindungen lediglich zum Hofgut des Verpächters, aufgrund der Ausrichtung ohne Blendwirkungen
- Schutzgut Kultur- und Sachgüter, ohne Beeinträchtigung: keine Kultur- und Baudenkmäler betroffen; Funde von Siedlungsstrukturen aus der römischen Kaiserzeit im Umfeld erfordert jedoch geophysikalische Prospektion im Vorfeld der Bauarbeiten; Waldabstände gem. Hinweisen zur Anwendung der Vollzugshinweise zur rheinland-pfälzischen „Landesverordnung über Gebote für Solaranlagen auf Grünflächen in benachteiligten Gebieten“ werden eingehalten; Folgenutzung als PVA einvernehmlich mit dem Eigentümer/Bewirtschafter geregelt
- Schutzgut Mensch, keine erhebliche Beeinträchtigung: keine zusätzliche erhebliche Verkehrsbelastung oder Emissionen, keine ausgewiesenen Wanderwege mit Sichtverbindungen zur Anlage
- Schutzgebiete: Schutzgebiet n. BNatSchG und WHG nicht betroffen; kein erheblicher Einfluss auf die Erhaltungsziele der ca. 3 km entfernt befindlichen NATURA 2000-Gebiete FFH-Gebiet „Baumholder und Preußische Berge“ und Vogelschutzgebiet „Baumholder“

## **2. Art und Weise der Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

Zur Berücksichtigung möglichst vieler relevanter Belange wurde vom 11.04.2023 bis zum 05.05.2023 eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB und Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Zu der Planung haben sich während der frühzeitigen Beteiligung Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert.

Seitens der Kreisverwaltung Birkenfeld und der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe wurde der Einwand vorgebracht, dass ein Teilbereich des Plangebietes innerhalb eines im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe festgelegten Vorranggebietes für Landwirtschaft liege und dies ein Zielkonflikt darstelle. Dem Hinweis wurde gefolgt. Der ursprüngliche Geltungsbereich von ca. 17,1 ha wurde in zwei Teilbereiche aufgeteilt. Für den ca. 5,6 ha großen Teilbereich außerhalb des Vorranggebietes für Landwirtschaft wurde das Verfahren vorgezogen fortgeführt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wurde

entsprechend reduziert. Für den ca. 11,5 ha großen Teilbereich innerhalb des Vorranggebietes für Landwirtschaft wird zuerst ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt. Nach Vorlage eines positiven Bescheides im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens wird das Verfahren für diesen Teilbereich fortgeführt.

Das Forstamt Bad Sobernheim hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass zum Schutz des geplanten Solarparks vor umstürzenden Bäumen aus dem angrenzenden Waldgebiet ein ausreichend dimensionierter Schutzabstand zum angrenzenden Wald eingehalten werden sollte. Dem Hinweis wurde gefolgt. Die Baugrenze wurde zum nordöstlich angrenzenden Wald wurde mit einem Abstand von 30 festgesetzt.

Die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier wies darauf hin, dass im Plangebiet und der Umgebung mehrere Funde und Befunde gemäß § 16 DSchG RLP aus der römischen Kaiserzeit in Form von Siedlungsstrukturen (beispielsweise Mauer- und Fußbodenreste) sowie Siedlungsfunde bekannt seien. Es sei nicht auszuschließen, dass sich die Siedlungsstrukturen der umgebenden Fundstellen bis in das Plangebiet ausdehnen. Da die vorgesehene Planung mit Bodeneingriffen verbunden sei, die zu einer Zerstörung der archäologischen Hinterlassenschaften führen könnten, sei das Plangebiet als archäologische Verdachtsfläche einzustufen. Um zu prüfen, in welchem Umfang von der Planung bodendenkmalpflegerische Belange betroffen seien, wäre das Plangebiet im Rahmen einer archäologischen Sachverhaltsermittlung durch geophysikalische Prospektionen (Magnetik) nach archäologischen Vorgaben zu untersuchen. In Freiflächen (Wiesen, Ackergelände) seine die magnetischen Prospektionen vor jeglichen Bodeneingriffen vorzunehmen. In den Ergebnissen dieser zerstörungsfreien Magnetometer-Messungen zeichneten sich archäologische Befunde in der Regel deutlich ab. Ggf. müssten die Messbilder noch durch archäologische Sondageschnitte evaluiert werden. Erst anhand der Messbilder und ggf. nötiger Sondagen könne die GDKE, Direktion Landesarchäologie, eine detaillierte bodendenkmalpflegerische Stellungnahme zu dem Bereich anfertigen. Dies sei in den Bauzeitenplänen zu berücksichtigen. Der Hinweis wurde als nachrichtliche Übernahme in den Bebauungsplan aufgenommen.

Das Landesamt für Geologie und Bergbau hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass im Bereich des Planungsgeländes voraussichtlich oberflächennah Sedimentgesteine des Rotliegend anstehen. Im Zuge der baulichen Eingriffe sollte auf die genannten Gegebenheiten geachtet werden. Hierzu wurde eine dazu eine gutachterliche Begleitung empfohlen. Der Hinweis wurde als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Der Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach wies darauf hin, dass die Anlegung einer Zufahrt im Zuge der freien Strecke der Landesstraße eine Sondernutzung im Sinne des § 43 Abs. 1 des LStrG darstelle und einer Erlaubnis der Straßenbaubehörde bedürfte. Gleichermäßen stelle auch die Änderung einer bestehenden Zufahrt eine Sondernutzung dar und sei damit erlaubnispflichtig. Dies gelte auch, wenn die Zufahrt einem erheblich größeren oder einem andersartigen Verkehr als bisher dienen solle (§ 43 Abs. 3 LStrG). Diese gebührenpflichtige Erlaubnis sei beim Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach entsprechend zu beantragen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Errichtung baulicher Anlagen, zu denen die Photovoltaikanlagen sowie die dazugehörenden Nebenanlagen gehöre, die über eine Zufahrt an Bundesstraßen im Zuge der freien Strecke angeschlossen werden sollen, grundsätzlich dem Bauverbot des § 9 Absatz 1 Ziffer 2 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) unterliegen; dabei obliege es der Straßenbaubehörde im Rahmen einer Ermessensentscheidung darüber

zu befinden, inwieweit eine Zustimmung zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung in Betracht kommt. Um über eine solche Ausnahme im Sinne des § 9 Absatz 8 FStrG sowie damit einhergehend über eine Zustimmung zum Planvorhaben der Ortsgemeinde befinden zu können, wurde aus Gründen der Verkehrssicherheit um Nachreichung weiterer Detailplanunterlagen und Beachtung von weiteren Bedingungen gebeten. Die Hinweise wurden berücksichtigt. Es wurde eine Schleppkurven- und Sichtfelduntersuchung erstellt, die dem Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach im Rahmen der formalen Beteiligung vorgelegt wurde. Die Ergebnisse der Schleppkurven- und Sichtfelduntersuchung wurden in die Planunterlagen eingestellt. Die allgemeinen Hinweise und Auflagen des LBM wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Die Landwirtschaftskammer hat in ihrer Stellungnahme grundsätzliche Bedenken gegenüber der Planung vorgebracht. Ein Teilbereich des Plangebietes liege innerhalb eines im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe festgelegten Vorranggebietes für Landwirtschaft und stelle somit ein Zielkonflikt dar. Dem Hinweis wurde gefolgt. Der ursprüngliche Geltungsbereich von ca. 17,1 ha wurde in zwei Teilbereiche aufgeteilt. Für den ca. 5,6 ha großen Teilbereich außerhalb des Vorranggebietes für Landwirtschaft wurde das Verfahren vorgezogen fortgeführt. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wurde entsprechend reduziert. Für den ca. 11,5 ha großen Teilbereich innerhalb des Vorranggebietes für Landwirtschaft wird zuerst ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt. Nach Vorlage eines positiven Bescheides im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens wird das Verfahren für diesen Teilbereich fortgeführt. Des Weiteren wurde vorgebracht, dass der Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen gem. LEP IV flächenschonend zu erfolgen habe. Der Grundsatz G 166 des LEP IV verlange, „dass Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen errichtet werden sollen“. Daher sei bei allen Überlegungen der vorbereitenden Bauleitplanung mit einem konkreten Nachweis zu prüfen, ob im gesamten Raum der jeweiligen Flächennutzungsplanung auf VG-Ebene entsprechende Konversionsflächen zur Verfügung stehen. Nach G 166 sei es demnach erforderlich, dass zunächst nachweislich alle Potentiale von Konversions- und Deponieflächen erschlossen und zu nutzen sind. Weiterhin verlange der flächenschonende Ausbau darüber hinaus die Einbeziehung von Alternativen. Daher seien ergänzend alle Potentiale von Dachflächen in den Kommunen zu ermitteln. Neben privaten Gebäuden zählen hierzu alle Gebäude der öffentlichen Hand. Solarparks leisten einen Beitrag zur Erreichung der Energiewende im Sinne einer dezentralen Produktion erneuerbarer Energien und dient somit dem Allgemeinwohl. Die Landwirte sind durch den temporären Wegfall von Teilen ihrer Produktionsflächen nicht in ihrer Existenz gefährdet. Auf den Flächen werden keine Pestizide oder sonstige für Flora und Fauna schädlichen Substanzen eingetragen. Darüber hinaus wurde eine Rückbauverpflichtung und Folgenutzung „Landwirtschaft“ per Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Somit ist gewährleistet, dass die überplanten Flächen nach Beendigung der photovoltaischen Nutzung wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen können. Zudem wird in § 2 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“ Im Landesentwicklungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz (LEP IV) ist der Grundsatz des „sparsamen Umgangs mit Boden“ wie folgt definiert: „Von baulichen Anlagen unabhängige Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend,

insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden.“ Die Alternativenprüfung erfolgte anhand dieser Kriterien. Eine Betrachtung der gesamten Dachflächen der Verbandsgemeinde ist weder umsetzbar noch im Sinne der Gesetzgebung. Es verläuft weder eine Autobahn noch eine Bahntrasse innerhalb der Gemarkung Schmidthachenbach. Militärische Konversionsflächen auf Siener Gemarkung sind nicht vorhanden. Gem. dem Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe handelt es sich bei dem reduzierten Geltungsbereich um eine sonstige Landwirtschaftsfläche und nicht um ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Nach Abwägung aller obenstehenden Punkte kann der Photovoltaik-Freiflächenanlage der Vorrang gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung gewährt werden. Die weiteren Einwände bezogen sich auf den Teilbereich innerhalb des Vorranggebietes für Landwirtschaft, in dem ursprünglich eine Agri-PV-Anlage mit bifacialen (zweiseitigen Modulreihen) installiert werden sollte. Aufgrund der Reduzierung des Geltungsbereiches auf den Teilbereich außerhalb des Vorranggebietes für Landwirtschaft waren die weiteren Einwände für die vorliegende Planung nicht von Bedeutung.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord hat darauf hingewiesen, dass der 10 m breite Schutzstreifen entlang des Mühlenbaches von jeglicher Nutzung freizuhalten und der freien natürlichen Entwicklung des Gewässers zu überlassen sei. Dem Hinweis wurde gefolgt. Der 10 m breite Schutzstreifen entlang des Mühlenbaches wurde als Fläche, die von der Bebauung freizuhalten ist, gem. § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB in den Bebauungsplan aufgenommen. Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass gem. § 31 LWG alle Geländeänderungen und jegliche baulichen Anlagen innerhalb eines 10 m breiten Streifens zum Gewässer einer vorherigen Genehmigung nach dem Landeswassergesetz bedürfen. Dies gelte auch dann, wenn keine Baugenehmigung nach der Landesbauordnung zu erteilen ist. Es wurde vorsorglich darauf hingewiesen, dass für evtl. Gewässerausbauten vorher eine wasserrechtliche Zulassung nach § 68 WHG erforderlich sei. Auf Absatz 1 des § 67 WHG wurde hingewiesen. Im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes war bereits eine nachrichtliche Übernahme gem. § 9 Abs. 6 BauGB zum Gewässerrandstreifen enthalten. Darüber hinaus wurden allgemeine Hinweise zur Starkregenvorsorge vorgebracht. Es wurde ein entsprechender Hinweis in den Textteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes aufgenommen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde entsprechend redaktionell ergänzt.

Seitens der Telekom Deutschland GmbH wurden allgemeine Hinweise zur Berücksichtigung der Telekommunikationslinien vorgebracht. Diese wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Das Dienstleistungszentrum ländlicher Raum (DLR) hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass gemäß § 42 Nachbarschaftsgesetz Rheinland-Pfalz Einfriedigungen von der Grenze eines landwirtschaftlich genutzten Grundstückes, das außerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegt und nicht in einem Bebauungsplan als Bauland zugewiesen ist, auf Verlangen des Nachbarn 0,5 m zurückgesetzt werden müssen und Einfriedigungen ebenfalls von der Grenze eines Wirtschaftsweges 0,5 m zurückgesetzt werden müssen. Der Hinweis wurde als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Die OIE AG wies in ihrer Stellungnahme auf den Verlauf einer 20-kV-Freileitung samt zugehörigen Schutzstreifen hin. Der Verlauf der 20-kV-Freileitung der zugehörige Schutzstreifen werden in den Bebauungsplan aufgenommen.

Seitens der Öffentlichkeit oder der Nachbargemeinden wurden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB keine Hinweise, Einwände oder Bedenken zum vorliegenden Bebauungsplan vorgebracht.

Die formale Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB fand vom 15.01.2024 bis zum 16.02.2024 statt.

Im Rahmen der formellen Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB haben sich Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert.

Die Untere Naturschutzbehörde wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass keine Bedenken gegen das Planvorhaben bestünden, sofern die Maßnahmen entsprechend Kapitel 7 (Grünordnerische Maßnahmen und textlichen Festsetzungen; Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie Entwicklungsmaßnahmen) festgesetzt werden würden. Die in Kapitel 7 des Umweltberichtes genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie Entwicklungsmaßnahmen waren bereits verpflichtend im Bebauungsplan festgesetzt.

Das Forstamt Bad Sobernheim präzisierte die erfolgten Hinweise aus Stellungnahme der frühzeitigen Beteiligung insofern, dass ein forstfachlich vertretbarer Sicherheitsabstand von 30 m zur bestehenden angrenzenden Waldfläche vorgeschlagen wurde. Durch diese Abstandsregelung sei auch die Maßgabe erfüllt, durch eine geeignete Standortwahl sicherzustellen, dass während der Bau- und Betriebsphase der PV-Flächenanlagen Inanspruchnahmen von angrenzendem Wald mit seinen ökologisch wertvollen Waldrändern sowie Bewirtschaftungseinschränkungen oder auch Bewirtschaftungserschwernisse auf den Waldflächen ausgeschlossen werden können. Die Hinweise und Anregungen des Forstamtes Bad Sobernheim wurden zur Kenntnis genommen. Gem. der seitens des Forstamtes im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingebrachten Stellungnahme wurde die Baugrenze auf einen Abstand von 30 m zum angrenzenden Wald zurückgezogen. Es findet kein Eingriff in vorhandenen Waldstrukturen und somit keine Änderung der Bodennutzungsart statt.

Die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier wies auf die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht für archäologische Funde bzw. Befunde besteht (§§ 16–19 DSchG RLP) hin. Der Hinweis war bereits im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes enthalten.

Der Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach brachte in seiner Stellungnahme ergänzende Hinweise und Auflagen vor, die als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen wurden.

Die Landwirtschaftskammer erneuerte in ihrer Stellungnahme die grundsätzlichen Bedenken gegen das Planvorhaben, da nach Interpretation der Landwirtschaftskammer des Grundsatzes 166 des Landesentwicklungsprogrammes IV zunächst alle anderen Möglichkeiten der Realisierung von Photovoltaikanlagen auszuschöpfen seien, ehe auf landwirtschaftliche Nutzflächen zurückgegriffen werden könne (Gebäude, versiegelte Flächen, Deponien, Konversionsflächen usw.). Es wurde zudem auf das Regionale Energiekonzept Baustein: Potenzialstudie Freiflächen-Photovoltaik im Rahmen der 3. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes Rheinhessen-Nahe verwiesen, wonach wurden FFPV-Anlagen, die auf Ackerflächen eine Ertragsmesszahl von über 35 überschreiten, als nicht vereinbar mit den raumordnerischen Zielen anzusehen seien. Die tatsächliche Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen sei auf max. 2 % der Anbauflächen beschränkt. Zudem wirkten sich die Flächenentzüge im beschriebenen Umfang negativ auf die Agrarstruktur, die Boden-

und Pachtpreise sowie auf einzelne Betriebsstrukturen aus. Eine Rückführung der Flächen nach Ablauf der PV-Nutzung sei nur bedingt möglich, da sich die Flächen bauleitplanerisch in einem Sondergebiet befänden und eine intensive Grünlandbewirtschaftung entsprechend der geltenden Gesetzgebung fraglich sei. Die Realisierungswahrscheinlichkeit und Grundstückssicherung seien keine raumordnerischen Belange, sondern betriebswirtschaftliche Entscheidungen der Eigentümer und stellen somit keine objektiven Abwägungskriterien dar.

Die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Landwirtschaftskammer wurden zur Kenntnis genommen und im Folgendem zu den einzelnen Punkten Stellung bezogen.

Solarparks leisten einen Beitrag zur Erreichung der Energiewende im Sinne einer dezentralen Produktion erneuerbarer Energien und dient somit dem Allgemeinwohl. Die Landwirte sind durch den temporären Wegfall von Teilen ihrer Produktionsflächen nicht in ihrer Existenz gefährdet. Auf den Flächen werden keine Pestizide oder sonstige für Flora und Fauna schädlichen Substanzen eingetragen. Darüber hinaus wurde eine Rückbauverpflichtung und Folgenutzung „Landwirtschaft“ per Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Somit ist gewährleistet, dass die überplanten Flächen nach Beendigung der photovoltaischen Nutzung wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen können.

Zudem wird in § 2 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt:

„Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“

Im Landesentwicklungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz (LEP IV) ist der Grundsatz des „sparsamen Umgangs mit Boden“ wie folgt unter definiert:

„G 166

Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen, entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden. Als Kenngröße für vergleichsweise ertragsschwächere landwirtschaftliche Flächen soll die regionaltypische Ertragsmesszahl herangezogen werden.“

Die 2. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans Rheinhessen-Nahe nimmt den v.g. Grundsatz des LEP IV, wie folgt auf:

„G<sub>N</sub>168

Von baulichen Anlagen unabhängige Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden.“

Die Alternativenprüfung erfolgte anhand dieser Kriterien. Eine Betrachtung der gesamten Dachflächen der Verbandsgemeinde ist weder umsetzbar noch im Sinne der Gesetzgebung.

Es verläuft weder eine Autobahn noch eine Bahntrasse innerhalb der Gemarkung Sien. Militärische Konversionsflächen auf Siener Gemarkung sind nicht vorhanden.

Es befinden sich keine zivilen und/oder militärischen Konversionsflächen in der Ortsgemeinde Sien.

Gem. dem Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe handelt es sich vorliegend um eine sonstige Landwirtschaftsfläche und nicht um ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft.

Die in Rede stehende Potenzialanalyse ist als Instrument zur Positiv-Ausweisung von Potenzialflächen zu verstehen und nicht, wie dargelegt, als restriktives Planwerk mit Ausschlusswirkung. Zudem besitzt das Regionale Energiekonzept Baustein: Potenzialstudie Freiflächen-Photovoltaik keinen rechtsbindenden Charakter. Der Ortsgemeinde obliegt - außerhalb der in der Potenzialstudie dargestellten Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik - weiterhin die Planungshoheit zur Aufstellung von Bebauungsplänen mit der Zielsetzung Ausweisung zusätzlicher Sondergebiete zur Errichtung von Solarparks.

Der Errichtung der geplanten PV-Freiflächen-anlage stehen somit keine raumordnerischen Ziele entgegenstehen. Dies wird auch durch die im Rahmen der Beteiligung eingebrachte Stellungnahme der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe bestätigt:

„das ca. 5,6 ha große Plangebiet ist im Regionale Raumordnungsplan (ROP) Rheinhessen-Nahe als sonstige Landwirtschaftsfläche dargestellt, gegen eine Photovoltaiknutzung in diesem Bereich bestehen keine regionalplanerischen Bedenken.“

Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zur Stellungnahme aufgefordert. Dieser hat keine Bedenken hinsichtlich einer durch das Planvorhaben verursachten Jagdpachtminderung vorgebracht. Sofern durch den Betrieb des Solarparks wider Erwarten eine Jagdpachtminderung verursacht wird, wird eine gemeinsame Regelung zwischen dem Betreiber des Solarparks und der Ortsgemeinde gefunden.

Nach Abwägung aller obenstehenden Punkte kann der Photovoltaik-Freiflächenanlage der Vorrang gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung gewährt werden.

Die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Landwirtschaftskammer wurden zur Kenntnis genommen, zurückgewiesen und die Planung unverändert fortgeführt.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord hat in ihrer Stellungnahme ergänzende Hinweise zur Starkregenvorsorge vorgebracht, die als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen wurden. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde entsprechend redaktionell ergänzt.

Die Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz hat in ihrer Stellungnahme dahingehend Anregungen und Bedenken vorgebracht, dass die gesamte Fläche einer weiteren Nutzung entzogen werde und die Maßnahme somit auch nicht dauerhaft mit einer landwirtschaftlichen Nutzung vereinbar sei, wie im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen Nahe gefordert. Nahrungshabitats für Rot- und Schwarzmilan (Horste in unmittelbarer Nähe) würden dauerhaft entfallen. Die Umzäunung der Anlage würde auch für größere Wildtieren, bes. Rehwild eine Barriere darstellen und Äsungsraum entziehen. Die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz wurden zur Kenntnis genommen und im Folgendem zu den einzelnen Punkten Stellung bezogen.



Solarparks leisten einen Beitrag zur Erreichung der Energiewende im Sinne einer de-zentralen Produktion erneuerbarer Energien und dient somit dem Allgemeinwohl. Die Landwirte sind durch den temporären Wegfall von Teilen ihrer Produktionsflächen nicht in ihrer Existenz gefährdet. Auf den Flächen werden keine Pestizide oder sonstige für Flora und Fauna schädlichen Substanzen eingetragen. Darüber hinaus wurde eine Rückbauverpflichtung und Folgenutzung „Landwirtschaft“ per Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Somit ist gewährleistet, dass die überplanten Flächen nach Beendigung der photovoltaischen Nutzung wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen können.

Zudem wird in § 2 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt:

„Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“

Bei dem in Rede stehenden Plangebiet handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate für das Rehwild, den Rot- und Schwarzmilan. Größeren Tierarten sowie dem Rot- und Schwarzmilan stehen im direkten Umfeld des Plangebietes ausreichende Nahrungshabitate zur Verfügung. Nach dem Umweltbericht sind keine erheblichen negativen Beeinträchtigungen der v.g. Tierarten zu erwarten.

Nach Abwägung aller obenstehenden Punkte kann der Photovoltaik-Freiflächenanlage der Vorrang gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung gewährt werden.

Die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz wurden zur Kenntnis genommen, zurückgewiesen und die Planung unverändert fortgeführt.

Seitens der Telekom Deutschland GmbH wurden ergänzende allgemeine Hinweise zur Berücksichtigung der Telekommunikationslinien vorgebracht. Diese wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Seitens der Öffentlichkeit oder der Nachbargemeinden wurden im Rahmen der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB keine Hinweise, Einwände oder Bedenken zum vorliegenden Bebauungsplan vorgebracht.

### **3. Ergebnisse der geprüften alternativen Planungsmöglichkeiten und Begründung für die Auswahl der Fläche**

Aus folgenden Gründen ist das vorgesehene Plangebiet für die vorgesehene Nutzung prädestiniert.

Bei der Standortsuche konzentrierte sich die LEG Solarprojekt Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG auf Flächen in der Ortsgemeinde Sien, aus denen ein großflächiges, zusammenhängendes Plangebiet geschaffen werden kann, unter Berücksichtigung der Restriktionen durch Schutzgebiete, landesplanerische Vorgaben oder bestehende Nutzungen sowie Exposition und Topografie, Größe der Fläche, ökologische Wertigkeit und

Eigentumsverhältnisse bzw. Flächenverfügbarkeit.

Auf Grundlage der genannten Kriterien fiel die Wahl auf das Plangebiet.

Angesichts der Ausrichtung eignet sich der gewählte Standort gut zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage.

Gleichzeitig bedingt die bereits bestehende Erschließung des Gebietes eine Minimierung der ökologischen Beeinträchtigungen und damit eine größtmögliche Umwelt-verträglichkeit.

Weitere Standortalternativen ergaben sich aufgrund der Flächenverfügbarkeit sowie der gewünschten Nutzung mit spezifischen Anforderungen an Andienung und Zuschnitt sowie der bauplanungsrechtlich zulässigen Nutzung nicht.

Auf dem Standort selbst wurden mehrere Alternativen hinsichtlich Bebauung bzw. Aufstellung der Freiflächen-Photovoltaik- Anlage untersucht. Aufgrund der Abhängigkeit von der Besonnung ist die im Bebauungsplan dargestellte Alternative allerdings die einzige, welche alle erforderlichen funktionalen Anforderungen erfüllt.